

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Oliver Gerriets
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Stadtrat Dr. Jens Gaul

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Bernd Broszeit

Fachbereich Finanzen Jörg Engesser

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Heike Hansemann

Fachbereichsleitung Bauordnungsamt Niksa Marusic

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Büroleitung Oberbürgermeister Claudia Wachenfeld

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

vom Eigenbetrieb

Betriebsleitung Städtische Datenverarbeitung Ulrich Dierkes

Betriebsleitung Städtische Datenverarbeitung Hubert Rüttgers

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Jasmin Tegge

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 8

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.1	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Sebastian Wensing	57/2013
7.1.1	Jahresabschluss 2009 (Kernverwaltung)	46/2013
7.1.2	Fristwahrender Antrag auf Entschuldungshilfe im Rahmen des Zukunftsvertrages mit dem Land Niedersachsen	64/2013
7.2.1	Wohnbauflächenangebot bis 2025 (Fortschreibung) Kenntnisnahme	45/2013
7.3.1	Jahresabschluss 2012 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ - Entlastung Betriebsleitung -	40/2013

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. von Teichman zeigte sich nicht einverstanden mit der Behandlung des Tätigkeitsberichts des Rechnungsprüfungsamtes im nichtöffentlichen Teil. Seiner Meinung beinhalte der Bericht keine Punkte die dies rechtfertigten. Daher bitte er Herrn Oberbürgermeister Wagner, diesen Punkt heute abzusetzen und in der nächsten Sitzung auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen.

Frau Hansemann erklärte, dass dies mit dem Rechtsamt abgestimmt sei. Aufgrund bestimmter Inhalte des Berichtes gehöre dieser in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Nachdem **Herr Dr. von Teichman** dem erneut widersprochen hatte, machte **Herr Stoffers** darauf aufmerksam, dass der Punkt nicht abgesetzt werden solle. Daher sei sein Vorschlag, den Bericht zu splitten: Ein Teil könne öffentlich vorgetragen werden und alles, was vertrauliche Inhalte betreffe, werde im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Auf einen Einwand von **Herrn Biehl** hin wurde vereinbart, dass der Tätigkeitsbericht im öffentlichen Teil unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten“ vorgetragen werde; im nichtöffentlichen Teil sei bereits ein eigener Tagesordnungspunkt vorgesehen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 11 Gegenstimmen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
BASU-Fraktion; FDP; Linke; Herr Walzner, UWG-Fraktion)

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.12.2012

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.12.2012 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Zur „aktuellen Stunde“ lagen keine Beratungspunkte vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich hinsichtlich der in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.03. vertagten Vergabe, ob diese mittlerweile beschlossen worden sei, da am morgigen Tag bereits die Auftaktveranstaltung beginne.

Oberbürgermeister Wagner bejahte dies und ergänzte, das Vorhaben werde durch das Büro Schulten Stadt- und Raumentwicklung aus Dortmund begleitet.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

6.1 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Sebastian Wensing **57/2013**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 11.03.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Sebastian Wensing wird gem. § 20 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.04.2013 bis zum 31.03.2019 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Rüstringen im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Jahresabschluss 2009 (Kernverwaltung) **46/2013**

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 11.03.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich nach dem Grund der fehlenden Entlastung des Oberbürgermeisters für das Jahr 2009. Anschließend lobte er die Verwaltung für die ausführliche und übersichtliche Ausarbeitung.

Er mahne hier jedoch wieder einmal die verspätete Vorlage des Jahresabschlusses an. Doch es lasse sich erkennen dass die Verwaltung hier Fahrt aufnehme und die Rückstände aufarbeite.

Andererseits biete die Verzögerung auch die Möglichkeit, das Thema „Reinhard-Nieter-Krankenhaus“ in diesen Jahresabschluss einzuarbeiten. Allein dem Krankenhaus sei eine bemerkenswerte Summe zuzuschreiben. Hier hätte er sich seitens des Rechnungsprüfungsamtes deutlichere und kritischere Worte gewünscht. Aufgrund dieser Problematik hätten im Übrigen auch die Liquiditätskredite um 94 % erhöht werden müssen. Hier sehe er keine andere Lösung als durch Fusion bzw. Kooperation mit dem Landkreis Friesland die Entschuldungshilfe des Landes in Anspruch zu nehmen.

Herr Jacques dankte der Verwaltung für die sehr gute Arbeit bei der Erstellung dieses Jahresabschlusses, auch wenn das Zahlenwerk gerade für die neuen Ratsmitglieder schwierig nachvollziehbar sei.

Herr Hellwig erklärte, auch wenn das Ergebnis nicht erfreulich sei, so sei es doch der Umstand, dass man sich langsam an den aktuellen Jahresabschluss heranarbeite.

Nachdem **Herr Valnion** eine kurze Übersicht über die Aufwendungen für das Krankenhaus gegeben hatte, erinnerte **Herr Dr. von Teichman** an seine eingangs aufgeworfene Frage.

Herr Stoffers erklärte daraufhin, man habe die Entlastung des Oberbürgermeisters für die Jahresabschlüsse 2008 und 2009 absichtlich offen gelassen, da zunächst das Thema „Reinhard-Nieter-Krankenhaus“ aufgearbeitet werden solle. Erst nach Vorliegen des Ergebnisses sei aus Sicht der Verwaltung eine Entlastung möglich. Letztlich obliege es aber dem Rat, mittels eines entsprechenden Antrages die Entlastung herbeizuführen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2009 der Stadt Wilhelmshaven (*Kernverwaltung*) unter Kenntnisnahme des Schlussberichts des Rechnungsprüfungsamtes, einschließlich der Stellungnahme des Oberbürgermeisters.
2. Das Haushaltsjahr 2009 schließt mit einem Gesamtfehlbetrag i.H.v. **9.885.320,83 €**.

Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses i.H.v. 3.132.781,05 € wird auf das Haushaltsjahr 2010 vorgetragen.

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses i.H.v. 6.752.539,78 € wird ebenfalls auf das Haushaltsjahr 2010 vorgetragen.

7.1.2 Fristwahrender Antrag auf Entschuldungshilfe im Rahmen des Zukunftsvertrages mit dem Land Niedersachsen **64/2013**

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 11.03.2013 vor.

Oberbürgermeister Wagner erläuterte, dieser Beschluss sei gleichlautend mit dem entsprechenden Beschluss des Kreistages. Er entspreche jedoch nicht in vollem Umfang den Anforderungen des Landes: Demnach hätte hier zwingend die Aufgabe der Kreisfreiheit der Stadt Wilhelmshaven enthalten sein müssen. Diesem wolle die Verwaltung jedoch nicht folgen, da die Prüfung ergebnisoffen erfolgen solle.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich **Herr Dr. von Teichman, Herr Hellwig, Frau Weinstock, Herr Stoffers, Herr Biehl, Oberbürgermeister Wagner** und **Prof. Reuter**.

Dabei herrschte allgemein Zustimmung zur Verabschiedung des Antrages, wobei jedoch immer wieder auf die Option eines jederzeitigen Rücktritts und die große Bedeutung einer ergebnisoffenen Diskussion hingewiesen wurde.

Herr Stoffers informierte abschließend über die vom Land an diesen Antrag geknüpften Voraussetzungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Zur Unterstützung der Konsolidierungsanstrengungen zur Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit beantragt die Stadt Wilhelmshaven auf Grundlage des Zukunftsvertrages zwischen Kommunen und dem Land Niedersachsen eine Entschuldungshilfe für Zinsen und Tilgung bezogen auf 75% der am 31.10.2010 aufgelaufenen Liquiditätskredite zum Haushaltsjahr 2014.

Die Antragstellung erfolgt ausschließlich zur Wahrung der Antragsfrist, hat keine rechtserzeugende Wirkung und kann jederzeit zurückgezogen werden.

Zielsetzung ist, unter Inanspruchnahme der Entschuldungshilfe und Fortsetzung der begonnenen Konsolidierungsbemühungen einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2016 zu erreichen.

7.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)

7.2.1 Wohnbauflächenangebot bis 2025 (Fortschreibung)

45/2013

Kenntnisnahme

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 26.02.2013 vor.

Er gebe dabei zu bedenken, dass den dort aufgeführten etwa 1000 weiteren Wohneinheiten jedoch eine sinkende Einwohnerzahl der Stadt gegenüber stehe. Die Infrastruktur müsse dieser Entwicklung angepasst werden. Hier müsse die Innenstadtverdichtung Vorrang haben vor dem Bauen auf der grünen Wiese, ohne dass Bauwillige aber ins Umland abwanderten. Zugleich sollte das Angebot im „Einfamilienhaus-Sektor“ von Baugrundstücken auf bereits vorhandene Immobilien erweitert werden. Auch müsse der Wohnungsleerstand aufgearbeitet werden. Bezogen auf die Vorlage müsse besonderes Augenmerk auf die Bereiche B3 und B5 aufgrund ihrer Nähe zum Gebiet „Antonslust“ mit den dort parallel laufenden Planungen gelegt werden. Bezüglich des Bereichs B6 sei darauf zu achten, dass damit keine Einschränkungen für den gerade eingerichteten „Sportpark Freiligrathstraße“ entstünden.

Aus den genannten Gründen bitte er hier, wie auch bereits im Verwaltungsausschuss geschehen, das Wort „zustimmend“ in der Beschlussvorlage zu streichen.

Nachdem **Herr Veh** auf Bitten von **Herrn Biehl** sein Anliegen wiederholt hatte, bestätigte **Herr Biehl** die scheinbar drohenden Konflikte durch die Gebiete B3, B5 und B6. Er sehe sich heute nicht in der Lage, über die vorgelegte Beschlussvorlage zu entscheiden und **beantrage daher gemäß Geschäftsordnung die Verweisung an den Bauausschuss** zur erneuten Verhandlung der genannten Flächen.

Herr Kottek hielt dem entgegen, dass die Verwaltung die Voraussetzungen für die Ausweisung als Wohnbauflächen sehr genau geprüft habe. Im Bereich Antonslust weise er darauf hin, dass auch die Bebauung „Rundum“ auf der gleichen Höhe liege, wie das neue Wohngebiet. Wichtigster Punkt sei hier zudem die Bebauung im Bereich „Antonslust“ und nicht südlich davon. Bezüglich B6 erfolge die Bebauung erst zu einem späteren Zeitpunkt, da mit weiteren Entwicklungen im Sportbereich gerechnet werde. Dies habe zur Folge, dass zum Zeitpunkt der Umsetzung des Planes in diesem Bereich keine Störfaktoren mehr vorhanden sein sollten.

Die **Herren Hellwig** und **Föhlinger** stimmten den vorgetragenen Bedenken zu.

Herr **Dr. Graul** warnte davor, diese Fläche B6 ohne Not zu entfernen. Er erinnerte an die Ausführungen zu den Planungen zum Kunstrasenplatz an der Freiligrathstraße. Bereits zu diesem Zeitpunkt sei darauf hingewiesen worden, dass der Sport im östlichen Teil des Geländes stattfinde, während der westliche Teil dem Wohnen vorbehalten sei. Dies sei sogar durch entsprechende Lärmschutzgutachten abgesichert. Diese Aufteilung sei nicht zuletzt sogar Teil der Finanzierung des Kunstrasenplatzes.

Der **Geschäftsordnungsantrag von Herrn Biehl auf Verweisung an den Bauausschuss** wurde anschließend bei Enthaltung von Oberbürgermeister Wagner **einstimmig angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die zeichnerische Darstellung der potentiellen Wohnbauflächen (Bruttowohnbau land) für die Siedlungsentwicklung bis 2025 und die zugehörige textliche Auflistung der städtebaulichen Werte (u.a. Brutto- und Nettowohnbau land, mögliche Wohneinheiten) zustimmend zur Kenntnis.

7.3 Betriebsausschuss Städtische Datenverarbeitung
(Beigeordneter Langen)

7.3.1 Jahresabschluss 2012 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ **40/2013**
- Entlastung Betriebsleitung -

Herr Langen trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven vom 05.03.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2012 der SDW zum 31.12.2012 wird gem. Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuhand Oldenburg GmbH mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 141.111,18 € festgestellt. Dieser Fehlbetrag wird aus der allgemeinen Rücklage gedeckt.

Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

1) Betriebsleitung Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven

Oberbürgermeister Wagner informierte über den bevorstehenden Eintritt des Betriebsleiters der Städtischen Datenverarbeitung, Herrn Hubert Rüttgers, sowie dessen Stellvertreters, Herrn Walter Wedekind, in den Ruhestand. Beiden dankte er für deren geleistete Arbeit. Gleichzeitig begrüßte Herr Wagner Herrn Ulrich Dierkes als neuen Betriebsleiter.

Anschließend stellte sich **Herr Dierkes** kurz vor.

2) Tätigkeitsbericht RPA

Frau Hansemann gab einen zusammenfassenden Überblick über die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes.

3) Bericht Sanierung Banter See/Freistrahlanlagen

Herr Marušić informierte anhand einer Präsentation über den aktuellen Stand der Sanierung des Banter Sees, insbesondere über den Abschlussbericht für das Projekt Freistrahilverfahren.

Am folgenden Austausch beteiligten sich die **Herren Dr. von Teichman, Föhlinger, Prof. Reuter, Biehl, Marušić, Hellwig** und **Oberbürgermeister Wagner**.

B. EinwohnerfragestundeFragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Radmer bat um Beantwortung folgender Frage:

„a) Welche Vergütungen sind im Jahr 2012 an Ratsmitglieder und ggf. sonstige Personen als Vertreterin oder Vertreter der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, die auch dem Finanzamt zu melden sind, angefallen -getrennt nach Ratsmitgliedern und sonst. Personen sowie nach Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten-?

Zusatzfrage:

b) Muss die Vorlage 102/2007 „Festsetzung der Angemessenheit der Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 111 Abs. 7 und 8 der NGO für Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Wilhelmshaven in Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts“, formal nicht an das NKomVG angepasst werden und sind die in der Vorlage genannten Beträge, über die hinaus die Vergütungen an die Stadt abzuführen sind, aus Sicht der Verwaltung aufgrund der Haushaltslage der Stadt nicht zu hoch angesetzt und daher noch gerechtfertigt?“

Herr Stoffers antwortete wie folgt:

„Zu a)

Die Höhe der Vergütung für die Aufsichtsgremien wird durch Beschluss der zuständigen Gesellschafterversammlung verabschiedet. Die Festsetzung der Vergütung unterliegt somit dem Aufgabenbereich der jeweiligen Gesellschaft. Eine generelle Pflicht zur individualisierten Veröffentlichung besteht nicht und kann nur im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Aufsichtsgremiums erfolgen. (Die freiwillige Angabe jedes Ratsmitgliedes über die Höhe der erhaltenen Vergütung ist jedoch möglich.) Die Gesamtsumme der Vergütungen liegt in 2012 bei ca. 118 T€ (davon ca. 82 T€ Rat und 36 T€ Dritte [z.B. Mitgesellschafter, Arbeitnehmervertreter]).

Zu b)

Im Rahmen der Restrukturierung der städtischen Beteiligungen ist gegebenenfalls eine Anpassung des Beschlusses zu vollziehen. Allein die Umstellung von der NGO auf das NKomVG begründet keine notwendige Anpassung des Beschlusses.“

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Nachdem keine Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:55 Uhr

gez. _____

Glaser
Ratsvorsitzende

gez. _____

Wagner
Oberbürgermeister

gez. _____

Rogel
Protokollführerin